



## **Hauptausschuss**

### **6. Sitzung (öffentlich)**

24. November 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

17:45 Uhr bis 17:55 Uhr

Vorsitz: Klaus Vossemer (CDU)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

**1 Opferrechte stärken: Koordinierung schaffen und Aufarbeitung von Missbrauchstaten unabhängig und ohne Einflussnahme ermöglichen!**

**3**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/1691

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen die Durchführung einer Anhörung. Die Details sollen in der für den 8. Dezember vorgesehenen Obleuterunde besprochen werden.

**2 „Heißer Herbst“: Hilfe gegen Hass und Hetze**

**4**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1666

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt auf Vorschlag von Dirk Wedel (FDP) mit den Stimmen aller Fraktionen, sich an der Anhörung, die der federführende Ausschuss für Heimat und Kommunales voraussichtlich morgen beschließen wird, nachrichtlich zu beteiligen.

<b>3</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>5</b>
	<b>a) Kenntnisnahme EU-Vorlage 18/1</b>	<b>5</b>
	<b>b) Umgang mit Beschlüssen des 12. Jugendlandtags</b>	<b>5</b>

\* \* \*

## 1 Opferrechte stärken: Koordinierung schaffen und Aufarbeitung von Missbrauchstaten unabhängig und ohne Einflussnahme ermöglichen!

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/1691

*(Überweisung des Antrags an den Hauptausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie an den Rechtsausschuss am 24.11.2022)*

**Sven Wolf (SPD)** bewertet es als sehr positiv, dass die Debatte nicht nur ein paar offene Fragen habe erkennen lassen, sondern auch, dass man sich bei dem einen oder anderen Punkt schon auf einem gemeinsamen Weg befinde.

Er beantrage die Durchführung einer Anhörung. Die Details könnten in einer Obleuterunde erörtert werden. Er mache aber bereits heute den Vorschlag, sich diesem sehr komplexen Thema nach Themenbereichen gegliedert zu nähern und sich dabei am Antrag seiner Fraktion zu orientieren.

**Daniel Hagemeier (CDU)** erklärt, dem Wunsch nach einer Anhörung komme seine Fraktion natürlich nach. Die heutige Plenardebatte sei von allen Seiten sehr sachlich verlaufen. Bei diesem wichtigen Thema sollte nichts übers Knie gebrochen werden. Ohne das künstlich herausschieben zu wollen, biete seine Fraktion deshalb an, die Anhörung erst für März vorzusehen, um bis dahin die Möglichkeit zu haben, sich zu der Thematik im Rahmen einer Obleuterunde noch einmal auszutauschen. Die Anhörung bereits im Januar durchzuführen, erschiene der CDU-Fraktion ein bisschen zu früh.

**Elisabeth Müller-Witt (SPD)** meint ebenfalls, dass das nicht übers Knie gebrochen werden sollte. Sie habe die heutige Debatte auch von allen Seiten als sehr intensiv und sehr engagiert empfunden, worüber sie sich freue, denn das komme ja nicht so häufig vor. Ihres Erachtens sollte jetzt in Ruhe überlegt werden, wer etwas zum Thema beitragen könne. Sie rege an, in der Obleuterunde zu besprechen, wer vor die Klammer gezogen werden könne.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen die Durchführung einer Anhörung. Die Details sollen in der für den 8. Dezember vorgesehenen Obleuterunde besprochen werden.

